



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

13. Februar 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Es lebe der Widerstand und die Organisation der Bevölkerung!

Trumps „ICE“-Polizei ist in den letzten Monaten in mehrere Städte eingezogen und hat Angst und Schrecken verbreitet, vor allem unter den Migranten. Trump hat gedacht, er könne damit ungestraft fortfahren. Er hat darauf gesetzt, dass die Einwohner ihm entweder zustimmen oder aus Angst wegschauen. Falsch gedacht! Stattdessen hat mutiger Widerstand aus der einfachen Bevölkerung ihn nun gezwungen, einen Teil seiner Schläger zurückzupfeifen.

Seit ihrem Machtantritt hat Trumps Regierung wahllos Migranten misshandeln, verhaften, in Lager sperren und deportieren lassen. Jeder hat Angst der nächste zu sein, der auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen in die Fänge der Einwanderungspolizei ICE gerät. Über 10.000 ICE-Polizisten hat die US-Regierung dafür im letzten Jahr angeworben, und zwar gezielt im rechtsextremen Milieu. Sie hat diese Schläger mit Uniform und Waffen ausgestattet und ihnen einen Freibrief gegeben, sich an keine Gesetze halten zu müssen. Auf diese Weise verfügt die US-Regierung nun über eine staatliche Bande, mit der sie willkürlich Terror verbreiten kann.

In Minneapolis sind 3.000 dieser ICE-Schläger in die Stadtviertel gestürmt und haben zahllose Menschen verhaftet. Sie haben Türen eingetreten, Autoscheiben zerbrochen, Menschen zu Boden geworfen und misshandelt, darunter auch Schwangere und Menschen mit Behinderung. Sie haben eine Razzia in einer Schule durchgeführt, haben ein fünfjähriges Kind verhaftet...

Sie haben eine 37-jährige Mutter und einen Krankenpfleger erschossen, die versucht hatten, Migranten vor der Gewalt der ICE zu schützen. Die ICE-Beamten ermordeten sie, um jeden Widerstand zu brechen. Doch stattdessen wurde der Widerstand größer! Und er hat letztlich Trump gezwungen, seine rassistischen Schläger aus Minnesota abzuziehen und ihnen zu befehlen sich zurückzuhalten.

Dieser erfolgreiche Widerstand kommt nicht von der Justiz oder den demokrati-

schen Behörden. Einige dieser Institutionen haben zwar in Worten das Vorgehen von ICE verurteilt. Doch sie stehen daneben und schauen zu. Der Widerstand kommt auch nicht von den Unternehmern. Die haben keine Skrupel, ICE ihre Dienste anzubieten. Das gilt nicht nur für US-Firmen. So kassiert der europäische Konzern Capgemini Millionen für IT-Dienstleistungen, mit denen ICE den Aufenthaltsort von Migranten aufspüren kann.

Der Widerstand kommt von der Bevölkerung selbst. Er kommt von Arbeitskollegen und Nachbarn, die ihr Leben einfach weiterleben könnten, wenn sie die Augen verschließen würden. Doch sie tun es nicht.

Rassismus, Verachtung und krasser Individualismus werden von den Spitzen der Politik und der Unternehmen propagiert und geben in den Medien den Ton an. Diese Propaganda spaltet immer stärker auch die Arbeiterklasse, und darauf hat die Trump-Regierung gesetzt. Doch in den Betrieben und Arbeitervierteln leben und arbeiten Menschen aller Herkunft zusammen. Dabei entstehen Tag für Tag menschliche Beziehungen, Freundschaften und Solidarität. Und diese Beziehungen haben sich stärker erwiesen als die migrantenfeindliche Propaganda!

Zehntausende gehen gegen ICE auf die Straße. Und sie überwinden ihre Angst und organisieren sich, um sich gegenseitig zu schützen. Viele halten Ausschau, um ihre Nachbarn vor ICE-Polizisten zu warnen. Sie haben eine extra App entwickelt, um allen Bescheid zu geben, wo ICE-Fahrzeuge gesehen wurden. Auch haben viele immer eine Trillerpfeife dabei und organisieren Pfeifkonzerte, sobald sie ICE-Polizisten erblicken.

Und sie haben kreative Methoden entwickelt, um die ICE-Fahrzeuge bei ihren Razzien aufzuhalten: Sie blockieren die Straße mit Sperrmüll oder haben „aus Versehen“ mitten auf der Straße eine Panne. Sie gießen kaltes Wasser auf die Straße, das sofort zu Glatteis wird... Sie filmen Verhaftungen und demonstrieren vor den Abschiebe-Gefängnissen,

um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Sie versorgen diejenigen, die sich aus Angst vor Verhaftung und Abschiebung verstecken. All das hat es ICE erheblich erschwert, ihre brutalen Razzien durchzuführen.

Was heute in Minnesota passiert, beweist, was ganz normale Frauen und Männer mit ihren eigenen Mitteln alles erreichen können! Ja, wir sind in der Lage, uns erfolgreich zu wehren, gegen die autoritäre Entwicklung, gegen die zunehmenden Angriffe in Staat und Betrieben – vorausgesetzt, wir bleiben nicht isoliert und organisieren uns.

Vielen Menschen in Minnesota ist in den letzten Wochen deutlich geworden, dass die Angriffe auf die Migranten eine Bedrohung für ALLE sind – und jeden etwas angehen. Dieses Bewusstsein ist für uns alle lebenswichtig. Schon deshalb, weil die Hetze gegen Migranten dazu dient, uns Arbeitende zu spalten, um uns dann Alle einfacher anzugreifen. So wie die CDU im Wahlkampf gezielt gegen Migranten gehetzt hat, nur um uns nun jetzt bei Rente, Arbeitszeit, Gesundheit Alle anzugreifen.

Und vor allem, weil auch bei uns ein Merz, eine Weidel und ein Höcke in den Startlöchern stehen, um wie ein Trump mit autoritären Methoden zu regieren. Und genau wie in den USA wird staatlicher Terror gegen Migranten dazu dienen, Alle einzuschüchtern – angefangen bei denen, die gegen die Regierung und die Verschlechterungen protestieren.

Die Krise wird härter. Die Herrschenden verlangen immer größere Opfer von uns. Und sie bereiten uns auf noch viel Schlimmeres vor: auf Krieg. Bei alledem sollen wir widerstandslos mitmachen. In einer solchen Situation wird kein Staatsorgan und kein Großunternehmer ernsthaft etwas dagegen unternehmen, wenn eine Regierung zunehmend mit Einschüchterung und Gewalt gegen uns vorgeht. Im Gegenteil, genau das brauchen sie in ihrer Krise. Das ist die wichtigste Lehre aus Minnesota: Wir, die arbeitende Bevölkerung, müssen die Dinge selber in die Hand nehmen. Und wir haben die Macht hierzu!

Wie die CSU Arbeit und Integration gezielt verhindert

Das CSU-geführte Innenministerium hat entschieden, die Hälfte der sogenannten Integrationskurse zu streichen. Das Herzstück hiervon ist ein Sprachkurs, dessen Abschluss man braucht, um als Bus- oder LKW-Fahrer, im Handwerk, in der Pflege und vielen anderen Berufen arbeiten zu können – also überall dort, wo so dringend zusätzliche Arbeitende gebraucht werden.

Doch um dem reaktionärsten Teil ihrer Wähler zu gefallen, will das CSU-Ministerium nun allein in diesem Jahr über 100.000 Menschen diese Möglichkeit verweigern! Um ihre Familien zu versorgen, können sie dann einzig noch versuchen, unsichere und extrem schlecht bezahlte Jobs im Reinigungsdienst oder im Lager zu finden – wenn überhaupt.

Schon die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP hatte die Zahl der bezahlten Stunden im Kurs deutlich gekürzt. Das hatte bereits dazu geführt, dass nur noch 40 statt vorher 90% den Sprachkurs bestanden haben. Und nun will die CSU die Hälfte der Kurse ganz streichen.

Dieselbe CSU hetzt ständig, dass die Migranten sich angeblich nicht integrieren und nicht arbeiten wollen. In Wahrheit ist offensichtlich die CSU es, die das nicht will.

Saisonarbeiter: erst ausbeuten, dann sterben lassen

Er hieß Janos M. Er war 50 Jahre alt. Er war aus Rumänien und arbeitete einige Wochen als Saisonarbeiter auf einem Weingut in Baden-Württemberg. Kurz vor Weihnachten ist er gestorben, nachdem er zuvor zwei Tage bewusstlos in seiner Unterkunft auf dem Boden gelegen hat. Denn der Bauer, für den er arbeitete, weigerte sich den Arzt zu rufen – zwei Tage lang! Erst als seine Tochter in Rumänien ihn nicht erreichte und daraufhin Alarm schlug, kam er ins Krankenhaus, konnte aber nicht mehr gerettet werden.

Er hat auf dem Weingut, wie so viele Saisonarbeiter, ohne Vertrag gearbeitet. Der Bauer hatte ihn nie ordnungsgemäß angemeldet, weshalb er vermutlich auch keinen Arzt gerufen hat. Zurück bleibt eine Familie, die nicht nur die Reisekosten der Tochter nach Deutschland, sondern auch die Überführung des Toten bezahlen muss und nun auf Spenden angewiesen ist. Denn Lohn hat Janos M. nie bekommen.

Immer wieder gibt es Skandale zu den Arbeitsbedingungen und vertuschten tödlichen Unfällen von ausländischen, oft osteuropäischen Arbeitern, die gnadenlos ausgebeutet werden – vor allem in der Landwirtschaft, aber auch auf Schlachthöfen, auf dem Bau, in Hotels oder als Leiharbeiter bei ThyssenKrupp.

Da passt es ins Bild, dass der Bundesagrarminister auf Drängen der Agrarlobby gerade prüfen lässt, ob man in der Landwirtschaft den Mindestlohn nicht ganz abschaffen und völlig legal Niedrigstlöhne zahlen kann.

Epstein: Ein Abbild ihrer Gesellschaft und Moral

Die brisantesten Epstein-Dokumente sind noch immer unter Verschluss. Denn bis zum Schluss versucht die amerikanische Justiz, die Mächtigen zu schützen. Doch allein die Liste der Namen, die mit diesem reichen verurteilten Sexualstraftäter gute Kontakte pflegten, spricht für sich: Man fragt sich, wer von den Reichen und Mächtigen der Welt nicht dazu gehörte.

Zufall ist dies nicht. Weltweit gehören nur 3.000 Familien zum Club der Milliardäre. Sie bilden eine weltweite gesellschaftliche Klasse. Sie kennen sich alle untereinander. Sie begegnen sich in großen Hotels und Luxusgeschäften, treffen sich an der Riviera, in Doha oder Davos. Sie verbringen ihr Leben damit, miteinander Geschäfte zu machen und sich Gefälligkeiten zu erweisen.

Nicht alle haben an den von ihm organisierten Orgien teilgenommen. Aber aus Gefälligkeit, wenn nicht gar aus Komplizenschaft, haben sie geschwiegen. Wundert es einen? Die kapitalistische Klasse ist es gewohnt, alles zu kaufen und für ihre Zwecke zu benutzen: Firmen mit hunderten Tausenden Arbeitenden, Fernsehsender, Minister, Richter, politische Parteien... Warum also nicht auch Mädchen, selbst wenn sie minderjährig sind?

Das sind die Werte der Klasse, die die Welt regiert. Der Leute, die es „zu etwas gebracht“ haben, denen wir nacheifern sollen. Wenn man das so sieht, bekommt man eher Lust sie hinweg zu fegen.

Die kubanische Bevölkerung im Würgegriff des US-Imperialismus

Es ist eine Katastrophe für die Menschen auf Kuba: Durch eine totale Blockade der USA gelangt kein Treibstoff mehr auf die Insel. Benzin oder Diesel, um Fahrzeuge und Kraftwerke zu betreiben, werden immer knapper.

Bereits jetzt müssen Schulen und Betriebe teilweise geschlossen werden, stundenlang der Strom abgestellt, der Nahverkehr eingeschränkt und sogar Operationen abgesagt werden.

Schon seit sich Kuba vor 67 Jahren den Fängen des US-Imperialismus entzogen hat, machen die USA mit harten Wirtschafts-Sanktionen den Menschen dort das Leben schwer.

Bis vor kurzem haben jedoch zumindest einige Länder, insbesondere Venezuela und Mexiko, Treibstoff nach Kuba geliefert. Doch nun haben beide Länder auf Druck der US-Regierung ihre Ölexporte

nach Kuba eingestellt. Und Trump droht, die Insel vollständig auszutrocknen – solange, bis sich die kubanische Regierung endlich dem US-Imperialismus und seinen Wünschen unterwirft.

Anders als bei Venezuela, Kolumbien oder Grönland stecken bei Kuba keine direkten wirtschaftlichen Interessen dahinter.

Doch im zunehmend aggressiven Konkurrenzkampf gegen China will der US-Imperialismus in seinem traditionellen Hinterland, dem amerikanischen Kontinent, kein Regime mehr dulden, das ihm nicht gehorcht.



Auch für die Autos der Müllabfuhr fehlt der Treibstoff.

Das kubanische Regime zu unterwerfen, ist dabei von wichtiger symbolischer Bedeutung: Denn es erinnert die ganze Welt Tag für Tag daran, dass diese kleine Insel und ihre Bevölkerung dem US-Imperialismus trotz versuchter Militärinterventionen, Mordanschläge und drakonischer Wirtschaftssanktionen seit 67 Jahren die Stirn bietet.

Streiks bei Bus und Bahn: Wir arbeiten nicht zu wenig, sondern zu viel!

Es ist unerträglich, mit welcher Arroganz die Politiker und Bosse uns in einer Tour erzählen, dass wir alle zu „zu viel“ Freizeit hätten – und uns 13-Stunden-Tage, spätere Rente und überhaupt noch mehr Arbeit aufzwingen wollen.

Zehntausende Busfahrer im Öffentlichen Nahverkehr geben darauf die beste Antwort. Sie streiken, um im Gegenteil für kürzere Arbeitszeiten und weniger Arbeitsbelastung zu kämpfen.

Eine Antwort, die die Regierung von uns allen verdient!

Schon der Alltag ist Wahnsinn

Schon an „normalen“ Arbeitstagen sind die Bus- und Bahnfahrer manchmal 12 Stunden unterwegs, weil ihre 8-Stunden Schicht durch 3 Stunden unbezahlte Pause in der Mitte unterbrochen wird. Schon an „normalen“ Arbeitstagen haben sie einen Chaos-Schichtplan mit sechs verschiedenen Schichtzeiten, die teilweise um 3.30 Uhr morgens beginnen. Und ihre Schicht endet oft nicht an

dem Ort, an dem sie begonnen hat, weshalb sie nach der Schicht selber erst noch mit Bus und Bahn zu ihrem Auto zurückfahren müssen.

Zu diesem „normalen“ Wahnsinn kommen noch ständig Überstunden hinzu. Denn es fehlt Personal ohne Ende. Regelmäßig müssen sie daher einspringen, um kranke Kollegen zu vertreten. Oder ein Teil der – ohnehin zu wenigen – Busse und Bahnen fällt aus. Und die übrigen sind so überfüllt, dass sie an jeder Haltestelle mehr Verspätung bekommen und die Schicht des Fahrers entsprechend länger wird.

Die Situation wird immer unerträglicher und macht viele krank. Aus all diesen Gründen fordern die Streikenden je nach Bundesland unter anderem kürzere Arbeitszeiten, mindestens 11 Stun-



den Ruhezeit zwischen zwei Schichten und höhere Zuschläge, zum Beispiel für die unmöglichen Schichtzeiten oder Überstunden.

Doch was bekommen sie von ihren Bossen zur Antwort? Dass man wegen der „leeren Kassen“ keine der Forderung erfüllen, sondern eigentlich sogar Personal abbauen müsse. Man kann nur die Daumen drücken, dass ihnen die Streiks den Kopf zurechtrücken werden.

Tesla: So wie sie in den Fabriken herrschen

In der Tesla-Fabrik in Brandenburg hat die Werksleitung Anfang Februar einen Vertreter der IG Metall vom Werkschutz festnehmen lassen. Unter dem Vorwand, er hätte im Werk unbefugte Aufnahmen gemacht, beschlagnahmte die Werksleitung seinen Laptop und führte ihn wie einen Gefangenen vom Gelände ab.

Keiner weiß, ob die Werksleitung auch versuchen wollte, auf dem Laptop an Informationen über Mitglieder und gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb zu kommen. Doch in jedem Fall ist es ein weiterer Versuch, die Arbeitenden im Werk einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Tesla-Fabrik von Elon Musk ist berüchtigt für ihre schlechten Arbeitsbedingungen: für die extreme Arbeitsbelastung, die vielen Arbeitsunfälle, der massive Druck auf Kranke. Und daran soll sich auch ja nichts ändern. Daher versuchen Musk und seine Helfershelfer alles, um zu verhindern, dass Arbeitende sich organisieren und wehren: mit Hilfe von Einschüchterungen, Entlassungen und notfalls auch Gewalt.

Dennoch haben sie nicht verhindert, dass sich Gruppen von Arbeitenden außerhalb des Betriebs getroffen und organisiert haben. Und trotz der Einschüchterungen ist es ihnen gelungen, offene Protestaktionen zu organisieren. So wie vor anderthalb Jahren, als über 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter einen Tag lang mit dem gleichen Protest-Aufkleber der Gewerkschaft auf ihrem T-Shirt zur Arbeit kamen. Und offensichtlich bereitet das einem Musk ernsthaft Sorgen.

... wollen sie auch im Staat regieren

Elon Musk ist ein bekannter Rechtsextremer, ein Freund und Unterstützer der AfD. Was in seinen Fabriken passiert, gibt einen kleinen Eindruck davon, wie diese Rechtsextremen gegen alle bereit sind vorzugehen, die ihrer Macht im Weg sind – und die als Arbeitende ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte verteidigen.

Thyssenkrupp: Ein Konzern mit 50 Beschäftigten?

Nach drastischem Stellenabbau und Lohnkürzungen in der Stahl-Sparte wollen die Konzernbosse von Thyssenkrupp nun den gesamten Konzern mit seinen über 90.000 Beschäftigten zerschlagen. Aus den einzelnen Sparten – Stahl, Autozulieferung, Werkstoffhandel, Anlagenbau, Klima-Technologien – sollen eigenständige Tochterfirmen werden, die anschließend auch (anteilig) verkauft werden könnten.

Bei Thyssenkrupp selber sollen nur noch... 50 Arbeitsplätze bleiben, also fast nur der Vorstand.

Bislang gibt es außerdem 1.500 Menschen, die zentrale Dienstleistungen für alle erbringen. Ihr Bereich soll komplett aufgelöst werden und sie sollen sich nun bei den einzelnen Sparten bewerben. 1.500 Arbeitende sollen sich in einem widerlichen Wettbewerb um sehr viel weniger Stellen schlagen. Und wer dabei den Kürzeren zieht, soll „sozialverträglich“... entlassen werden.

All das sei nötig, so der Vorstandsvorsitzende Lopez, weil es Thyssenkrupp sehr schlecht gehe. Das aber hindert ihn nicht daran, sein eigenes Gehalt um 47% zu erhöhen, auf 3,44 Millionen Euro – und den Aktionären 100 Millionen Euro Dividende auszuzahlen.

Erst am 30. Januar hatten mehrere hundert Stahlarbeiter vor der Konzernzentrale dagegen protestiert – empört, dass Aktionäre und Vorstand sich die Taschen voll machen, während sie den Kopf hinhalten. So wie es aussieht, wird das nicht der letzte Protest gewesen sein.

Die Beschäftigten halten den Kopf hin...

Anfang Februar ist der Zugbegleiter Serkan C. bei einer Ticket-Kontrolle von einem Fahrgast so schwer geschlagen worden, dass er anschließend an einer Hirnblutung verstarb.

Gewalt gegen Beschäftigte der Bahn sind leider kein Einzelfall. Seit Jahren fordert die Gewerkschaft EVG, dass in JEDEM Zug wieder zwei Zugbegleiter arbeiten und nicht einer allein. So war es früher. Doch diese Doppelbesetzung im Regionalexpress ist aus Kostengründen vor über zehn Jahren abgeschafft worden.

Trotz der zunehmenden Übergriffe haben sich die Verantwortlichen von Bahn und Politik geweigert, sie wieder einzuführen und weigern sich selbst jetzt immer noch. Der Tod des Zugbegleiters und all die weiteren Übergriffe gehen damit auch auf ihr Konto.

... für die Sparmaßnahmen ihrer Bosse

Nicht nur bei der Bahn, auch in den Notaufnahmen der Krankenhäuser, bei der Feuerwehr oder den städtischen Ämtern nehmen Angriffe auf Beschäftigte zu. Es ist ein Ausdruck der Entwicklung der Gesellschaft, die in allen Bereichen roher und brutaler wird – angefangen bei den Mächtigen an ihrer Spitze.

Es ist auch die Folge davon, dass alle diese Bereiche seit Jahren kaputtgespart werden. Der Frust und die Wut über ausfallende Bahnen und hohe Ticketpreise, überfüllte Notaufnahmen und fehlende Zeit für Patienten und Angehörige entlädt sich an denen, die am wenigsten dafür können: an den dort Arbeitenden. An denen, die selber die ersten Opfer dieser Sparmaßnahmen sind und nur versuchen, alles trotzdem irgendwie am Laufen zu halten.



Willkommen im täglichen Ausnahmezustand

Jedes Mal, wenn man denkt, es könnte nicht mehr schlimmer werden, wird es schlimmer. Autobahnsperrungen und Bauarbeiten am Kreuz Kaiserberg bei Duisburg, parallel dazu wochenlang Gleis-Arbeiten und Schienenersatzverkehr zwischen Düsseldorf, Duisburg und Essen. Dann muss auch noch plötzlich die Ruhrtalbrücke wegen gefährlicher Schäden gesperrt werden und damit eine weitere wichtige Autobahn von Düsseldorf ins Ruhrgebiet. Und kaum fährt auf dieser Strecke zumindest die Deutsche Bahn wieder, geht das Stellwerk in Essen kaputt – und zwischen Köln und Wuppertal wird die nächste Bahn-Verbindung für Monate gesperrt.

Die Infrastruktur von Straßen und Schienen ist durch 40 Jahre Kaputtsparen so auf den Hund gekommen, dass die nächsten zehn Löcher aufreißen, wenn mal irgendwo eins geflickt ist. Alles wird noch schlimmer dadurch, dass immer mehr schwere LKWs die Straßen kaputt machen, weil LKW-Transporte für die Konzerne flexibler und billiger sind – dank LKW-Fahrern, die bis auf die Knochen ausgepresst werden.

Der Weg zur Arbeit ist für viele von uns ein täglicher Nervenkrieg geworden – und verdammt viel Lebenszeit, die man uns klaut. Würde der Weg zur Arbeit als Arbeitszeit zählen und damit von den Unternehmern bezahlt werden müssen, dann würden sie vielleicht tatsächlich dafür sorgen, dass sich etwas tut.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Lifestyle-Pflege?

Insbesondere in den Pflegeberufen reduzieren viele Beschäftigte ihre Arbeitszeit, weil sie die extreme Arbeitsbelastung nur so durchhalten. Sie müssen mit entsprechend weniger Lohn klar kommen.

Und was bekommen sie von der CDU zu hören? Dass sie gefälligst ihre egoistische „Lifestyle-Teilzeit“ beenden und mehr arbeiten sollen.

Solche Politiker können gerne 30 Stunden die Woche im Krankenhaus arbeiten. Mal gucken, wie lange sie diesen Lifestyle aushalten.

Für die Unternehmen gibt es keinen Zwang

Viele Arbeitende – vor allem Frauen – werden außerdem gar nicht gefragt. Sie bekommen nur Teilzeit-Stellen angeboten: im Reinigungsdienst und Einzelhandel, in den Hotelketten und privaten Alten- und Pflegeheimen. Sie bekommen dort Minijobs, 20, 25 oder 30-Stunden-Verträge, je nachdem, wie es den Bossen gerade in den Kram passt.

Wenn die CDU wirklich mehr Vollzeit-Stellen will, dann sollte sie die großen Teilzeit-Ausbeuter wie Lidl, Netto, Klüh, ISS, Alloheim oder Helios zwingen, allen einen 8-Stunden-Vertrag anzubieten.

Die „hart Arbeitenden“ werden belohnt?

Der Wirtschaftsrat der CDU hat gefordert, die unverdienten „Privilegien“ bei der Rente abzuschaffen.

Was sie unter solchen „Privilegien“ verstehen? Wenn man nach 45 Jahren Arbeit „schon“ mit 64 in Rente gehen kann. Oder wenn man 90 Euro zusätzliche Grundrente bekommt, weil man trotz mindestens 35 Jahre Arbeit nur eine Rente auf Sozialhilfe-Niveau hat.

Wenn das in dieser Gesellschaft ein „unbezahlbares“ Privileg ist, stimmt eindeutig etwas mit der Gesellschaft nicht!

Diese Forderungen kommen aus dem Mund von Politikern, die die reichen Kapitalisten mit Steuergeschenken überhäufen und zum Dank selber üppige Pensionen erhalten. Aber all das sind natürlich keine „unverdienten Privilegien“, sondern es ist in ihrer Gesellschaftsordnung selbstverständlich.